

MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

1. Schreiben der Landeshauptfrau von Niederösterreich vom 1. Dezember 2017, mit dem ein Beschluss gemeinsam mit dem Positionspapier der NÖ. Landesregierung zum "Weißbuch der Zukunft Europas - die EU der 27 im Jahr 2025 - Überlegungen und Szenarien" vorgelegt wird.
2. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 7. Dezember 2017, mit dem ein Beschluss vom 16. November 2017 betreffend "große Ökostromgesetznovelle - Beitrag Österreichs zur Verringerung der weltweiten Treibhausgas-Emission" vorgelegt wird.
3. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 5. Dezember 2017, mit dem ein Beschluss vom 16. November 2017 betreffend "Senkung der Mehrwertsteuer auf Nächtigungen" vorgelegt wird.
4. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 27. November 2017, mit dem ein Beschluss vom 16. November 2017 betreffend "Unterstützung der älteren Generation und von Menschen mit besonderen Bedürfnissen" vorgelegt wird.
5. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 29. November 2017, mit dem ein Beschluss vom 16. November 2017 betreffend "Anpassung der AfA an die effektive Nutzungsdauer" vorgelegt wird.
6. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 5. Dezember 2017, mit dem ein Beschluss vom 16. November 2017 betreffend "Absicherung des erforderlichen Angebots für die Kinderbetreuung aus Mitteln des Bundes nach 2018" vorgelegt wird.
7. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom 11. Dezember 2017, mit dem eine EntschlieÙung vom 19. Oktober 2017 betreffend "einen Bürokratieabbau bei der Abwicklung von ESF-Projekten" vorgelegt wird.
8. Schreiben des Landeshauptmannes der Steiermark vom 9. November 2017, mit dem der Beschluss Nr. 602 - "Käfigeier-Import verhindern und Kennzeichnungspflichten verbessern" vorgelegt wird.
9. Schreiben des Amtes der Vorarlberger Landesregierung vom 22. Dezember 2017, mit dem eine EntschlieÙung vom 14. Dezember 2017 betreffend "Sicherheit durch ein zeitnahes Beratungsangebot für Gefährder!" vorgelegt wird.
10. Schreiben des Amtes der Vorarlberger Landesregierung vom 7. Dezember 2017, mit dem eine EntschlieÙung vom 15. November 2017 betreffend "Pfle-gelehre-Modell im Land und Bund weiter vorantreiben" vorgelegt wird.

11. Schreiben des Amtes der Vorarlberger Landesregierung vom 29. November 2017, mit dem eine EntschlieÙung vom 15. November 2017 betreffend "Ausstellung eines schriftlichen Stärkenportfolios für Schülerinnen und Schüler; Wahl der LandesschulsprecherInnen" vorgelegt wird.
12. Schreiben des Amtes der Kärntner Landesregierung vom 21. November 2017, mit dem eine Resolution vom 20. November 2017 betreffend "Öffnung von leerstehenden Asylquartieren für Obdachlose" vorgelegt wird.
13. Schreiben des Amtes der Salzburger Landesregierung vom 21. November 2017, mit dem ein Beschluss vom 8. November 2017 betreffend "ganztägige Schulformen" vorgelegt wird.
14. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 19. Dezember 2017 sowie vom 30. November 2017, mit denen die "Brüsseler Erklärung" der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente und des Südtiroler Landtags unter Beteiligung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens anlässlich der 2. Europa-Konferenz am 26. und 27. November 2017 in Brüssel vorgelegt wird.
15. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 28. Dezember 2017 sowie vom 28. November 2017, mit denen eine Erklärung der Landtagspräsidentenkonferenz aus Anlass der Konstituierung des Nationalrates für die XXVI. Gesetzgebungsperiode vorgelegt wird.
16. Schreiben des Ersten Vorsitzenden des Wiener Gemeinderates vom 22. November 2017, mit dem eine Resolution vom 21. November 2017 betreffend "Steuerflüchtlinge" vorgelegt wird.
17. Schreiben des Ersten Vorsitzenden des Wiener Gemeinderates vom 20. Dezember 2017, mit dem eine Resolution vom 15. Dezember 2017 betreffend "Rauchverbot in der Gastronomie" vorgelegt wird.
18. Schreiben des Ersten Präsidenten des Wiener Landtages vom 24. November 2017, mit dem eine Resolution vom 23. November 2017 betreffend "zweites verpflichtendes Kindergartenjahr" vorgelegt wird.
19. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg vom 23. November 2017, mit dem die Anträge Nr. 31 - "Bei DG-Kündigung und gleichzeitiger Dienstfreistellung soll neues DV ohne Verlust von Beendigungsansprüchen möglich sein"; Nr. 40 - "Abfertigung neu für freie DienstnehmerInnen (zu Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden)" sowie Nr. 46 - "Abschaffung der Höchstgrenze Kilometergeld für Fahrräder" vorgelegt werden.
20. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark vom 21. November 2017, mit dem 24 Resolutionen und Anträge der 11. Vollversammlung vom 9. November 2017 vorgelegt werden.

21. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg vom 6. Dezember 2017, mit dem drei Anträge "Rechte haben, Recht bekommen: Ja zu starken Betriebsräten und Personalvertretungen! Ja zu starken Gewerkschaften! Ja zu einer starken AK!"; "Pflegeregress auch für Menschen mit Beeinträchtigungen abschaffen!" sowie "Erhalt des Sozialstaates" vorgelegt werden.
22. Schreiben der Niederösterreichischen Landes-Landwirtschaftskammer vom 4. Dezember 2017, mit dem eine Entschließung vom 4. Dezember 2017 zu aktuellen Anliegen und Problemen der Land- und Forstwirtschaft vorgelegt wird.
23. Schreiben der Wirtschaftskammer Österreich vom 27. Oktober 2017, mit dem eine Resolution betreffend "Diesel-Diskriminierung" vorgelegt wird.
24. Schreiben des Bürgermeisters von Villach vom 18. Dezember 2017, mit dem eine Resolution betreffend "finanzieller Ausgleich für Belastungen durch den Bund" vorgelegt wird.
25. Schreiben von drei Gemeinden (Guntramsdorf, Wilhelmsburg, Frohnleiten), mit denen die Bundesregierung aufgefordert wird, das strengere Nichtrauchergesetz wie geplant 2018 umzusetzen.
26. Schreiben des Bürgermeisters von Mistelbach vom 19. Dezember 2017, mit dem eine Resolution vom 12. Dezember 2017 betreffend "Fachhochschule und Verbundlichung HTL" vorgelegt wird.
27. Schreiben des Bürgermeisters von Zeltweg vom 21. Dezember 2017, mit dem ein Beschluss vom 14. Dezember 2017 betreffend "Verbot von Glyphosat" vorgelegt wird.
28. E 1-NR/XXVI.GP vom 21. Dezember 2017 betreffend Unterstützung und Umsetzung des Regierungsprogramms (Wortlaut siehe Beilage).

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 21. Dezember 2017

betreffend Unterstützung und Umsetzung des Regierungsprogramms

Der Nationalrat begrüÙt das beigefügte Regierungsprogramm und die darin vorgesehenen Maßnahmen.

Er ersucht die Bundesregierung, zur Unterstützung dieser Vorhaben zeitgerecht Vorlagen zu übermitteln, um sicherzustellen, dass das gesamte Programm in dieser Gesetzgebungsperiode umgesetzt werden kann.